

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mitnichten ist es so, dass es nur noch eine überschaubare Anzahl von Möglichkeiten gibt, die Bundeswehr in der Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Diese präsentiert sich an zahlreichen Events im ganzen Land wie auch nicht ganz zuletzt hier in unserer Stadt.

Sie wirbt unter Anderen in Schulen, Berufsschulen, Ausbildungsmessen, Arbeitagenturen und Jobcentern.

Mit einer Waffenschau, Anwerbestelle, Erbsensuppe, Musik, fetzigen Events und netten Soldaten, die keine „Kommissköpfe“ sind, präsentiert sich die Bundeswehr auf den Hessentagen.

Das soll Auslandseinsätzen ein positives Image geben. Diese werden der Bevölkerung als Hilfe und Schutz für bedrängte Menschen verkauft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

militärische Gewalt und Krieg sind aber keine Lösung!

Sehen Sie doch nach Afghanistan: mehr als 15 Jahre Krieg und militärische Besetzung haben keine Sicherheit geschaffen, sondern Macht und Einfluss von Warlords und der Taliban gestärkt, abertausende Opfer gefordert, darunter über 3500 westliche Soldaten und rund 60 Soldaten der Bundeswehr, -

und das Elend der Masse der Menschen in Afghanistan wurde nur vergrößert.

Um Hilfe geht es in Wirklichkeit nicht!

Und nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, laut Richtlinien des Verteidigungsministeriums ist ein zentraler Auftrag der Bundeswehr, den „freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“. **Geopolitische und wirtschaftliche Interessen sind weltweit durchzusetzen, wenn nötig mit militärischer Gewalt!**

Für diese Machtpolitik wurde die Bundeswehr zu einer Profiarmee für Auslandseinsätze umgebaut und umgerüstet. Es sollen pro Jahr mehre 10.000 freiwillige Soldaten verfügbar sein.

Aber Soldat ist kein normaler Beruf, Kolleginnen und Kollegen. Freiwillige müssen bereit sein, das Risiko auf sich zu nehmen, zu töten, getötet, körperlich und seelisch verletzt zu werden.

Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber: es gilt das System von Befehl und Gehorsam und es gibt kein Streikrecht.

Ich als Friedensaktivist und Linker werde meine Stimme zu diesem Antrag nicht abgeben! Und ich möchte sehen wie Sie meine Damen und Herren sich hierzu verhalten. Und deshalb beantrage ich **die namentliche Abstimmung!**

Ich bin gespannt, Herr Vollmar, wie Sie als Lehrer und Gewerkschafter und Schulleiter und **Sie**, die Gewerkschafter in der SPD sich verhalten werden. In Bensheim hatte die GEW wie auch die Gewerkschaft ver.di und der DGB in einem breiten Bündnis sich gegen Die Bundeswehr am Hestentag gestellt. Und ich bin überzeugt, dies werden wir hier bei uns in Bad Hersfeld auch hinbekommen.

Und auch auf Sie werde ich schauen, Herr Bock, der als „Hüter der Sparsamkeit“ uns allen bekannt ist. Trotz des desolaten Zustandes unserer Kassen soll die Stadt 30.000 € zahlen, damit die Bundeswehr überhaupt hier ausstellt. Und dies ist noch lange nicht alles, auch der Standplatz sowie die gesammte Logistik rundherum muss von der Stadt finanziert werden.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!